

910/0060/2025

Sachbearbeitung: Abteilung 910
Christiane Diehl
Az:
Datum: 10.10.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Stadtverordnetenversammlung	06.11.2025	Entscheidung	

Übertragung der Beschlussfassung zur Offenlage/Frühzeitige Beteiligung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen und Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übertragung der Beschlussfassung zur Offenlage/Frühzeitige Beteiligung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen und Regionalen Flächennutzungsplans für den Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr gemäß § 50 (1) HGO.

Begründung:

Gemäß § 50 (1) HGO kann die Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten auf einen Ausschuss übertragen.

Im vorliegenden Fall handelt es sich um die Übertragung einer Einzelentscheidung an den zuständigen Fachausschuss und wird durch die vorgegebene Terminfrist nötig.

So wurde durch das zuständige Regierungspräsidium Darmstadt und dem Regionalverband FrankfurtRheinMain für die Beteiligung der öffentlichen Stellen sowie die frühzeitige Beteiligung nach BauGB für das Gebiet des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main der Zeitraum vom 29.09.2025 bis zum 28.11.2025 sowie die Abgabe der Stellungnahmen zum Planwerk der 15.12.2025 festgelegt.

Eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung in Ihrer Sitzung am 06.11.2025 wäre zu kurzfristig, da den Gremien der Regionalplan erst am 28.10.2025 vorgestellt werden kann und somit eine eingehende Beschäftigung mit den umfangreichen Unterlagen erschwert wird. Weiterhin soll dem Magistrat und den neun Ortsbeiräten ebenfalls die Möglichkeit gegeben werden soll sich eingehenden mit dem Thema zu befassen und eine Stellungnahme abzugeben.

Die Beschlussfassung in der geplanten Sitzung am 11.12.2025 wiederum ist einerseits zu nahe an der Abgabefrist und andererseits soll das Hauptaugenmerk auf die Verabschiedung des Haushaltes 2026 gelegt werden.

Somit schlägt die Verwaltung vor, die Beschlussfassung auf den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Landwirtschaft und Verkehr zu übertragen.